

**a k t u e l l e**

**INFORMATION**

*für den Tarifbereich!*



**GEWERKSCHAFT  
DER  
POLIZEI**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in der 4. Verhandlungsrunde keine Bewegung bei den Tarifverhandlungen mit Bund und Kommunen. Nach Arbeitgeberauffassung bedeutet unsere Forderung "Schulden machen" für die öffentlichen Haushalte und ohne "Kompensation bei der Arbeitszeit" (Arbeitszeitverlängerung) sei das Niveau der Serviceleistungen im öffentlichen Dienst nicht mehr zu halten.

Die Arbeitgeber drohten im Laufe der Verhandlungen mit der Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen. Die Absicht ist leicht zu durchschauen: Es geht darum, das Thema schlichtungsrelevant zu machen.

Zum Mindestbetrag verwiesen die Arbeitgeber erneut darauf, dass die Gewerkschaften damit den mit dem TVöD eingeschlagenen Weg wieder verlassen würden und der Privatisierung weiter Vorschub leisten würden. Die mit dem TVöD angestrebte verbesserte Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes würde damit torpediert.

Keine Bewegung bei der Laufzeit. Die Gewerkschaftsseite bestand auf die zwölf Monate Laufzeit.

Der Stahlabschluss der IG Metall (5,2 %) sei für sie kein Maßstab, so die Arbeitgeber, andererseits seien sie mit ihrem Angebot ("5 %") ja sehr nahe an diesem Abschluss. Immer wieder brachten sie den Länderabschluss (2,9 %) ins Gespräch. Wir haben sie darauf verwiesen, dass der Stand Mai 2006 (Abschluss TV-L) nichts mit den Bedingungen im Februar 2008 zu tun habe. Daraus entwickelte sich eine längere Diskussion um wirtschaftliche Entwicklung, Preissteigerungsraten der letzten und kommenden Jahre bis hin zu Fragen um die Erbschaftsteuer.

**a k t u e l l e**

**INFORMATION**



**GEWERKSCHAFT  
DER  
POLIZEI**

Insgesamt also die bekannte Arbeitgeberargumentation, die von den Gewerkschaften zurückgewiesen wurde. Sie machten ihrerseits darüber hinaus das Überleitungsrecht zum Thema. Auch hier keine spürbare Bewegung im Arbeitgeberlager.

Die Fragen um die Leistungsbezahlung rankten sich um Budgeterhöhung und deren Zeitpunkte. Hier machte die Gewerkschaftsseite deutlich, dass Veränderungen bei der Leistungsbezahlung überhaupt keine Priorität hätten, sondern es eher darum gehe, vorhandene Erfahrungen dazu zu evaluieren.

Zu den Warnstreiks der letzten und der aktuellen Woche äußerten sich die Arbeitgeber nicht ausdrücklich. Allerdings wurde in der Berichterstattung in der Verhandlungskommission deutlich, dass Arbeitgeber vor Ort durchaus nervös werden und mit Verboten, Notdienstanordnungen usw. Einschüchterungsversuche unternehmen, die jedoch erfolglos blieben.

Insgesamt hat die Teilnahme an den Warnstreiks alle Erwartungen übertroffen: Über 200.00 Beschäftigte haben sich beteiligt. Damit nahmen 25 % bis 50 % mehr als erwartet an den Aktionen, Kundgebungen etc. teil. Die GdP hat sich mit Kolleginnen und Kollegen in Bremerhaven und Baden-Württemberg mit Aktionen und Warnstreiks bisher schon beteiligt.

Die Vorbereitung weiterer Warnstreiks geht weiter. Bis zur 5. Verhandlungsrunde am 6./7. März 2008 werden weitere Aktionen stattfinden, an denen sich auch die GdP - überwiegend in Absprache mit den übrigen öD-Gewerkschaften - beteiligen wird.

Rolf Thiel, Tarifkommission

Hamburg, den 27.02.08